

Haushalt und Finanzen 2012



Rede des Sprechers der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, Norbert Vogelpohl, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2012 am 14. Dezember 2011

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Atomkatastrophe in Fukushima war ein lokales Ereignis, dessen Folgen vor allem die Menschen in Japan ertragen müssen. Der Klimawandel ist ein globales Ereignis, der weltweit unser aller Existenz bedroht – und zu dem auch beim letzten Klimagipfel in Durban nicht die richtigen Antworten gefunden wurden.

Die Reaktorhavarie in Japan hat uns gezeigt, dass die Atomenergie unverantwortbare Risiken und unkontrollierbare Gefahren birgt. Der Atomausstieg ist die folgerichtige Konsequenz. Nicht so plötzlich, aber dennoch tiefgreifend wirkt der Klimawandel. Selbst hier im klimagemäßigten Münsterland werden die Wetterkapriolen immer extremer. Unerwartet gefährden Schneemassen die Stromversorgung oder langanhaltende Frostperioden stellen die Erfahrungen in der Streusalzbevorratung in Frage. Das Landwirtschaftliche Wochenblatt beschreibt die Folgen der diesjährigen Niederschlagsmengen und -verteilung für die Landwirtschaft sehr anschaulich. Der Wasserstand in unseren Fließgewässern ist auf historischem Tiefstand – und das nicht im Sommer sondern im November und Dezember. Der Einstieg in eine stringente Klimaschutzpolitik wäre hier die folgerichtige Konsequenz.

Wir Grüne haben immer den Ausstieg aus der Atomtechnologie gefordert.

Wir Grüne haben immer den ungehemmten CO₂-Ausstoß kritisiert.

Wir Grüne haben mit unseren Mahnungen und Warnungen Recht behalten - leider!

Inzwischen hat auch der amtierende Bundesumweltminister die Folgen und Gefahren des Klimawandels erkannt. Folgen und Gefahren, die sich auch hier im Raum unbestritten sind. Nicht ohne Grund haben wir hier einstimmig die Fortschreibung des interfraktionellen Leitantrags zum Klimaschutz verabschiedet! Wir stehen gemeinsam vor der Herkules-Aufgabe, die Schere zwischen den Notwendigkeiten und der Realität zu schließen. Global, Regional, Lokal!

Doch: Welche neuen Impulse gehen von diesem Haushaltsentwurf für den Klimaschutz im Kreis Coesfeld aus? Keine! Mit einigem Bemühen lassen sich vielleicht einzelne Alibi-Aktionen finden. Aber die haushalterische Abbildung eines wirklichen Einstieges in eine ernsthafte Klimaschutzpolitik sucht man vergebens. Wo ist der Klimaschutzmanager, der hier die erforderlichen Schritte und Maßnahmen einleiten und organisieren könnte? Zu allem Überfluss wird von Verwaltung und der politischen Mehrheit auch noch auf namhafte Fördergelder von Land und Bund verzichtet. Unsere Impulse, z.B. eine Potentialanalyse „Regenerative Energien“ - von denen wir dachten, sie wären konsensfähig - wurden mit leichter Hand vom Tisch gewischt oder auf die lange Bank geschoben. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Das Thema „Klimaschutz“ hat auch eine bedeutsame ökonomische Dimension. Eine bilanzielle Energieautarkie würde den Abfluss von ca. 500 Millionen Euro nach Essen oder in die Emirate verhindern. Das Geld sollte besser hier im Kreis Coesfeld nachfragewirksam werden.

Uns ist unklar, ob Sie, Herr Püning, und Sie, Herr Kleerbaum, sich bei diesem Thema vor oder hinter den Bürgermeistern verstecken. Klar ist aber, dass wieder ein Jahr ins Land geht, ohne dass auch nur ein Handschlag getan wird, um den Leitantrag zum Klimaschutz durch konkrete Maßnahmen mit Leben zu füllen. Klar ist weiterhin, dass der kommunale Klimaschutz ein koordiniertes Vorgehen von Städten, Gemeinden und Kreis erfordert. Wenn der Landrat Kubendorf im Kreis Steinfurt ein beispielhaftes

Klimaschutzkonzept in Zusammenarbeit mit 24 Bürgermeistern ins Werk setzen kann, dann sollte Ihnen, Herr Püning, das mit 11 Kommunalvertretern allemal gelingen. Ob diese Kooperation dann in einem Netzwerk oder an einem runden Tisch stattfindet, ist für uns unwichtig.

Im Gegensatz zum Klimaschutz hat das Thema Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern durchaus Beachtung in diesem Saal gefunden. Allerdings mit zum Teil fatalen Auswirkungen! Es ist keine familienpolitische Meisterleistung, auf das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr mit der Einführung von Beiträgen für Geschwisterkinder zu reagieren. Mit dieser Maßnahme werden vor allem junge Familien stark belastet. Aber gerade diese jungen Familien wollen wir doch eigentlich im Kreisgebiet halten, oder für uns gewinnen. Initiativen, wie jene aus dem Sendener Rat oder von Eltern aus Dülmen sollten aufhorchen lassen. Die entsprechende Münsteraner Regelung erläutere ich lieber nicht, ich möchte niemanden anregen, die Umzugskartons zu packen. Die entsprechende Verwaltungsvorlage ihres Borkener Kollegen ist sehr aufschlussreich. Herr Zwicker befürchtet, wie sie Herr Püning, ebenfalls namhafte Mehrkosten als Folge der neuen Beitragsfreiheit. Allerdings, so die Vorlage, weil jetzt zunehmend Eltern sich für das 45-Stunden-Angebot entscheiden würden. Für diese Fehlkonstruktion des Kibiz übernehmen wir Grüne keine Verantwortung! Die vermutete Mehrbelastung von 240.000 Euro durch die neue Beitragsfreiheit wurde hier derart umfassend beklagt, dass weder Zeit noch Luft blieb, um die zusätzlichen Landesmittel in Höhe von 3.518.551 Euro für die U3-Betreuung angemessen zu erwähnen. Lob darf offenkundig eine rot-grüne Regierung aus dem derzeit noch schwarz regierten Münsterland auch für eine noch so gute Politik nicht erwarten - aber zumindest eine angemessene Bewertung der eingeleiteten Maßnahmen und geschaffenen Fakten.

Wir hätten uns gewünscht, dass stattdessen die Bundesregierung ihre Aufgabe übernimmt, die Kosten für die Behindertenhilfe zu leisten, anstatt der Bundes-FDP mit ihrer populistischen Steuersenkungslitanei das Wort zu reden. Wir hoffen, dass die hier im Kreis Coesfeld beschlossene Resolution an den Bund zur Übernahme der Kosten für die Eingliederungshilfe in Berlin Gehör findet, um die Kommunen von diesem Teil der Soziallasten endlich zu befreien.

„Immer feste drauf“ ging es auch beim Thema „Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz“. Ja, Herr Kleerbaum, was wäre wenn? Was wäre gewesen, wenn sich der Rüttgers-Club bereits zu Beginn seiner Regentschaft ernsthaft um die Kommunalfinanzen gekümmert hätte? Mit dem ifo-Gutachten wurde Zeit gekauft – aber keine unmittelbare Problemlösung. Die kommunalen Spitzenverbände waren sich einig: Im Bereich der Soziallasten musste etwas unternommen werden. Die Umgestaltung des GFG hätte im Jahr 2008 beginnend in kleineren Schritten vorgenommen werden können. Hätte! Werfen wir einen Blick auf die konkreten Zahlen. Gesamtzuweisungen, die auf der Basis der ersten Modellrechnung im Jahr 2012 in den Kreis Coesfeld fließen, erreichen mit ca. 85,8 Mio. Euro nicht nur einen Rekordwert, sie überschreiten auch den Zahlbetrag aus dem letzten schwarz-gelben GFG für das Jahr 2010 um ca. 16 %!

Zur Vermeidung von gewollten Missverständnissen: Die Haushaltslage der Städte und Gemeinden in NRW und im Kreis Coesfeld ist noch immer sehr kritisch. Trotz rekordverdächtiger Einnahmen aus der Gewerbesteuer bleibt vielerorts der Schuldenstand so hoch, dass die Kämmerer weiterhin nur durch die Nase atmen können. Die Verantwortung dafür bei der rot-grünen Landesregierung abladen zu wollen, greift aber zu kurz. Das bundesweite kommunale Finanzierungssaldo der letzten drei Jahre weißt eine Unterdeckung von 19 Milliarden Euro aus. Die Berliner Zange von Steuersenkungen bei gleichzeitigem Übertragen von Sozialausgaben schnürt den Kommunen offenkundig die letzte Luft ab!

Da ist es mehr als verständlich, dass sich die Bürgermeister über jeden Euro freuen, den sie nicht an den Kreis überweisen müssen. Als verantwortliche Politiker müssen wir gut abwägen, wie weit wir die ohne niedrigen Rücklagen abbauen wollen. Wie nah gehen wir ran an den Abgrund der Haushaltssicherung. Es ist schon beängstigend, wie Sie, Herr Kleerbaum, erhoffte finanzielle Besserstellungen als sichere Tatsache behandeln und Geld, das wir noch nicht haben, an die Bürgermeister auskehren wollen. Dabei frage ich mich, ob sie diese Luftbuchungen mit dem Landrat abgesprochen haben, und Sie, Herr Püning, bittere Miene zum bösen Spiel machen? Andernfalls käme der Kämmerer in die Versuchung, in den nächsten Haushaltsentwurf entsprechende Polster einzuplanen, damit die abermals zu erwarteten „Sparvorschläge“ schadlos umgesetzt werden können. Angesichts der Haushaltsrisiken, die ohnehin schon bestehen und dem Abbau von Eigenkapital, den Sie, Herr Kleerbaum, vorantreiben, frage ich mich, ob Sie ab 2015 hier als Landrat oder als Konkursverwalter agieren wollen?

Herr Stauff, Sie haben in der letzten Kreisausschusssitzung eindringlich auf den Finanzverbund zwischen Kreis und Gemeinden hingewiesen. Offenkundig sehen Sie für die FDP, ebenso wie wir Grüne, die

Eigenkapitalausstattung des Kreises mit großer Sorge. Einem weiteren Eigenkapitalverzehr haben Sie eine klare Absage erteilt. Neben dem Auflösen von Rücklagen verzehren wir unser Eigenkapital, indem wir nicht hinreichend in den Erhalt unseres Eigentums investieren. Der Bauunterhaltungsrichtwert von 1,2% wird auch in diesem Haushaltsentwurf weit verfehlt.

Herr Püning, Sie haben bei der Einbringung des Haushaltes auf die positiven Entwicklungen im Bereich des Jugendamtes hingewiesen. Durch erhöhten Personaleinsatz ist es gelungen, an unterschiedlichen Stellen, wie z.B. der Heimunterbringung, die Fallzahlen und somit auch die Kosten zu senken. Hier gehen also Qualitätssteigerung und Kostensenkung Hand in Hand. Als verantwortungsbewusste Politiker fühlen wir uns an dieser Stelle auch aufgefordert, zu beobachten, ob die positiven Wirkungen dauerhaft anhalten. Dieses Beispiel möchte ich aber auch anführen, um sie zu ermutigen, nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, durch Qualitätssteigerung die Kosten zu senken. Vielleicht müssen wir gemeinsam nach Wegen suchen, eine kommunale Präventionskette für den Kreis Coesfeld zu entwickeln. Dies nach dem Motto „Frühe Hilfen statt später Kosten“.

Wir Grüne begrüßen ausdrücklich, dass die Verwaltung die weißen Flecken bei den Landschaftsplänen endlich tilgen will. Leider ist dies das einzige positive Faktum, das in diesem Haushaltsbuch zur Naturschutz- und Umweltpolitik des Kreises zu entdecken ist. Angesichts von Artenschwund und fortschreitenden Lebensraumverlusten sind die veranschlagten 7000 € für das kreiseigene Naturschutzförderprogramm wahrscheinlich landesweit einer der niedrigsten Ansätze. Hier müssen wir uns deutlich mehr engagieren, wollen wir unseren Kindern nicht anstelle oft gerühmten münsterländischen Parklandschaft nur einen großen Gewerbepark hinterlassen.

Der Kreis Coesfeld nimmt in vielen Rankings einen Spitzenplatz ein, leider auch bei der Viehdichte. Hier liegen in NRW hinter dem Kreis Borken auf Platz zwei, auf Bundesebene ebenfalls trauriges Top-Niveau. Eine Kooperationsvereinbarung sollte dem Fortschreiten dieser Fehlentwicklung Einhalt gebieten. Kaum war dieses Papier im Sommer bekannt geworden, konnten interessierte Beobachter erleben, wie investitionswillige Landwirte bzw. deren Anwälte, diese Absprache mit großem Fleiß ignorieren.

„Mit Blick auf die aus Sicht der Umwelt, aus Sicht der betroffenen Nachbarn, wie aber auch aus Sicht der Landwirtschaft in dem kleinräumig strukturierten und dicht besiedelten Landschaftsraum des Münsterlandes“, ist die Entwicklung hin zu immer mehr und immer größeren Tierhaltungsanlagen besonders kritisch zu hinterfragen. (vgl. Sitzungsvorlage des Kreistages SV-8-0289) Diese Aussage könnte aus einem grünen Programm stammen. Herr Schulze-Esking, Sie werden erstaunt sein, ich habe gerade aus einer Verwaltungsvorlage des letzten Jahres zitiert. Wir Grüne stimmen der Einschätzung des Landrates an dieser Stelle ausdrücklich zu. Gleichzeitig sind wir jedoch entsetzt, dass Sie, Herr Landrat, ihre eigene richtige Einordnung durch einschlägige Grund- und Kennzahlen konterkarieren. Dass die Kontrolldichte der BImSch-Anlagen reduziert werden soll, hatten wir nach ihren Antworten auf unsere Anfragen nicht erwartet.

Mit diesem Haushalt fahren wir weiter auf Verschleiß, beim Eigenkapital und bei unseren Liegenschaften. Mit dem beschlossenen Geschwisterkindbeitrag wurde ein schwerwiegender familien- und standortpolitischer Fehler begangen.

Vor dem Wandel in der Landwirtschaft werden die Augen verschlossen.

Der Haushalt enthält keine Impulse für den Klimaschutz - dafür sehr viel Optimismus in den Budgets Jugend und Soziales.

Wenn der Haushalt keine Polster, aber unkalkulierbare Risiken enthält, dann dürfen nicht gleichzeitig Rücklagen abgebaut werden.

Herr Landrat, meine Damen und Herren,
diesen Haushaltsentwurf kann man nicht ablehnen.
Diesen Haushaltsentwurf muss man ablehnen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!